

Schweiz

Er ist die Reizfigur der Burka-Gegner

Verhüllungsverbot Religionsforscher Andreas Tunger-Zanetti hat eine Studie zu Burkaträgerinnen in der Schweiz veröffentlicht. Die Reaktionen sind unerwartet heftig.

Gregor Poletti

Das Buch sei ein Hohn, eine Beleidigung all jener Frauen, die sich verhüllen müssten. Das sagt SVP-Nationalrat Walter Wobmann, einer der Hauptinitianten der Verhüllungsverbotsinitiative. Den Namen des Studienverfassers nimmt er schon gar nicht in den Mund: «Dass sich dieser Mensch als Fachperson ausgibt, ist fahrlässig, eine Katastrophe.» Wer ist die Person, die den Zorn des Solothurner Politikers derart anfacht?

Andreas Tunger-Zanetti ist 59-jährig, hat Islamwissenschaft studiert und ist seit über 13 Jahren Geschäftsführer des Zentrums Religionsforschung an der Universität Luzern. Der Familienvater und gläubige Christ hat in dem noch jungen Abstimmungskampf zur Verhüllungsverbotsinitiative mit seiner Studie «Verhüllung – Die Burka-Debatte in der Schweiz» eine steile Bekanntheitskarriere gemacht.

Sein Fazit: Es gibt nur ganz wenige voll verschleierte Frauen in der Schweiz, und die meisten von ihnen würden den Nikab freiwillig tragen. Entstanden ist die Studie aus einer Lehrveranstaltung im Frühjahrssemester 2020. «Es war durchaus ein Ziel des Buches, die aktuellen Diskussionen zu beleben», so Tunger-Zanetti.

Selbst der Bundesrat beruft sich auf die Studie

Das ist ihm gelungen: Der Bundesrat beruft sich bei seiner Argumentation gegen die Initiative auf diese Studie, es sei die erste dieser Art, sagte die verantwortliche Justizministerin Karin Keller-Sutter bei der Eröffnung der Abstimmungskampagne. Ihr kam zupass, dass Tunger-Zanetti die Anzahl der voll verschleierten Musliminnen lediglich auf 20 bis 30 schätzt. 2010 waren es laut dem Bundesrat noch 95 bis 130, im aktuellen Abstimmungsbüchlein beliest er es bei der Formulierung «äusserst niedrig».

Geradezu euphorisch nahm FDP-Ständerat Andrea Caroni, der das überparteiliche gegnerische Parlamentarierkomitee anführt, die neue Schätzung auf. Der Luzerner Islamexperte habe sich die angeblichen «Schreckensgespenster» angeschaut und nichts gefunden: «Die wenigen hiesigen Nikabträgerinnen sind weder Unterdrückte noch Salafistinnen, sondern Punks mit religiösem Touch.»

Damit zielt Caroni auf die zweite Hauptaussage der Studie. Tunger-Zanetti würde die Formulierung des Appenzeller Ständerates zwar so niemals unterschreiben. Aber sein eigenes Fazit, was die Beweggründe der Nikabträgerinnen angeht, ist provokativ genug: «Frauen mit Gesichtverhüllungen haben sich grossmehrheitlich aus eigener Überzeugung dafür entschieden.» Diese Schlussfolgerung der Studie bringt die Befürworter der Burkainitiative auf die Palme. Unseriös ist noch das Netteste, was etwa Wobmann dazu sagt. Die «Weltwoche» bezeichnet das Buch als «Voodoo-



Tunger-Zanetti warnt vor stereotypen Interpretationen islamischer Besonderheiten. Foto: Herbert Zimmermann (13 Photo)

«Wir versuchen als Forscher, möglichst neutral die wichtigsten Fakten in die Diskussion einzubringen.»

Andreas Tunger-Zanetti
Religionsforscher

Studie», die sich einzig auf eine Hauptzeugin berufe.

Tatsächlich gründet Tunger-Zanettis Schlussfolgerung zwar auch auf dem Vergleich mehrerer Forschungen in anderen westeuropäischen Ländern. Aber er präsentiert in der Studie nur eine Schweizer Nikab-Trägerin. Das Gespräch mit ihr wurde per Audioschaltung geführt, sodass die Frau nicht einmal ihr verschleiertes Gesicht preisgeben musste (mit der Begründung, es sei beim Interview ein Mann zugegen).

Autor Tunger-Zanetti rechtfertigt das Fazit, dass die hiesigen Musliminnen, die sich das Gesicht voll verschleiern würden, dies meistens aus eigenem Antrieb tä-

ten. Aus den Aussagen dieser Gesprächspartnerin und verstreuten öffentlichen Informationen über einzelne weitere Schweizer Nikab-Trägerinnen sei ein Bild entstanden, das trotz aller Lücken gut zu den Ergebnissen der Forschung in anderen westeuropäischen Ländern passe. Dies als «einen eigenständigen, neuen Forschungsbeitrag» zu feiern, wie es in der Einleitung der Studie heisst, ist laut seinen Kritikern trotzdem ziemlich hoch gegriffen.

Mit der Kritik an seiner Studie kann der ruhig und besonnen wirkende Tunger-Zanetti leben: «Bisher gab es zur Schweiz keinerlei Forschung. Unser Gespräch mit dieser Frau ist immerhin ein Anfang in diesem schwierigen Feld.» Der Religionsforscher verbirgt zwar seine politische Haltung nicht, nämlich ein Gegner dieser Initiative zu sein.

Er widerspricht aber dem Vorwurf, unsachlich oder unsauber zu arbeiten: «Wir versuchen als Forscher, möglichst neutral die wichtigsten Fakten in die Diskussion einzubringen, und belegen unser Vorgehen und unsere Quellen, soweit es die zugesagte Anonymität erlaubt.» Er disku-

tiert gern mit seinen Kritikern über diese Belege, allerdings nur, wenn sie sein Buch auch tatsächlich gelesen hätten.

Die Befunde widersprechen gängigen Vorstellungen

Geniesst Tunger-Zanetti dieses plötzliche Scheinwerferlicht? Zwar fühle er sich durch die Erwähnung des Bundesrates geschmeichelt, aber eine «Rampensau» sei er nicht. Im Gegenwind scheint er sich jedenfalls wohlfühlen. Dieser sei für ihn auch nicht unerwartet, weil die Befunde gängigen Vorstellungen widersprechen würden.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Luzerner Religionsforscher mit seiner Meinung aneckt und die Konfrontation sucht. Vor zwei Jahren legte er sich mit der Islamkritikerin Saïda Keller-Messahli an. Diese vertritt seit Jahren die These, dass Geld für den Bau neuer Moscheen in der Schweiz aus undurchsichtigen Quellen am Golf komme. Belastbare Belege sei sie der Öffentlichkeit bisher jedoch in allen Fällen schuldig geblieben, sagt Tunger-Zanetti. Wie belastbar seine eigenen Belege sind, wird freilich auch von vielen infrage gestellt.

Muss der Bundesrat Sorry sagen?

Frauenstimmrecht Politikerinnen fordern eine Entschuldigung für das historische Unrecht.

Die Entschuldigung ist das stärkste Mittel der Symbolpolitik. «Für das Leid, das Ihnen angetan wurde, bitte ich Sie im Namen der Landesregierung aufrichtig und von ganzem Herzen um Entschuldigung.»

Das sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga 2013 zu den Schweizerinnen und Schweizern, die als Verdingkinder aufgewachsen sind.

Nun fordern Politikerinnen, dass sich der Bundesrat für die verspätete Einführung des Frauenstimmrechts entschuldigt. Die Schweiz führte 1971 als eines der letzten Länder Europas das Frauenstimmrecht ein. «Unbedingt» soll sich der Bundesrat entschuldigen, sagt SP-Nationalrätin Tamara Funicello. «Wie man das bei den Verdingkindern gemacht hat.»

Die Forderung einer bundesrätlichen Entschuldigung stammt von Andrea Maihofer, emeritierte Professorin für Gender Studies an der Universität Basel. Maihofer sagt: «Die mehrfache Ablehnung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen ist gemessen an den Menschenrechten kollektives Unrecht.»

Ein symbolischer Akt

Der Bundesrat habe 1957 in seiner Botschaft selbst festgehalten, dass das fehlende Frauenstimmrecht eine Verletzung der Gerechtigkeit und der Demokratie darstelle. Maihofer sagt: «Spätestens 1957 war man sich dieses Unrechts also bewusst. Es wäre konsequent, würde man nun öffentlich an diese Einsicht anknüpfen.»

Maihofer weiss, dass eine öffentliche Entschuldigung vor allem ein symbolischer Akt wäre. Aber symbolische Akte seien bedeutsame gesellschaftliche Handlungen. «Hier wäre es die Einsicht in historisches Unrecht, die öffentlich geäussert würde. Dies hat Bedeutung.»

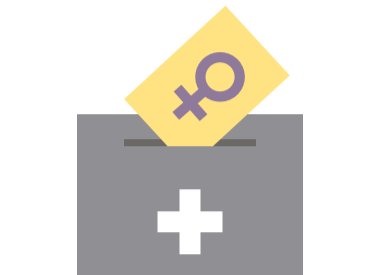
Wie eine Entschuldigung des Bundesrats konkret wirken kann, zeigt das Beispiel von Ursula Müller-Biondi. Als junge Frau in eine Strafanstalt zur «Nacherziehung» weggesperrt, kämpfte Müller-Biondi lange darum, dass ihr erlittenes Unrecht anerkannt wurde – in der Gesellschaft, aber auch im Freundeskreis.

Erst als Eveline Widmer-Schlumpf bei den Opfern von Zwangseinweisungen, der «administrativen Versorgung», um offizielle Entschuldigung bat, habe sich das geändert. «Es brauchte eine Bundesrätin, damit mir die Menschen glaubten», sagt Müller-Biondi.

Drängendere Anliegen

Ebenfalls ein Unrecht – wenn auch, wie von Maihofer betont, der anderen Art – ist das verspätete Frauenstimmrecht. Nationalrätin Aline Trede (Grüne) würde eine offizielle Entschuldigung begrüssen. Trede fragt: «Ist Bundespräsident Guy Parmelin bereit dazu?» Trede Kollegin Natalie Imboden regte jüngst auf Twitter eine «Arena»-Sendung dazu an. Die Präsidentin der Berner Grünen fände eine Entschuldigung angemessen.

Am Mittwoch hat Imboden eine ähnliche Interpellation an die Berner Kantonsregierung eingereicht. Imboden fragt dar-



50 Jahre Frauenstimmrecht

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizerinnen das Recht auf eine eigene Stimme, die politische Gleichberechtigung. In einer losen Serie sprechen wir mit Zeitzeuginnen und Historikern, erinnern an Vorkämpferinnen, analysieren Schlüsselereignisse der Emanzipation. Und stellen die Frage: Welches sind die Folgen bis heute?

in, ob die Regierung sich entschuldigen werde bei jenen «Frauen, denen jahrzehntlang das Frauenstimmrecht vorenthalten wurde».

Auch Cédric Wermuth teilt das Anliegen einer bundesrätlichen Entschuldigung. Es sei nichts dagegen einzuwenden. Wie Trede und Funicello betont aber auch der SP-Co-Präsident, praktische Anliegen seien drängender. Wermuth nennt unter anderem die Revision des Sexualstrafrechts oder die Verbesserung der Lohn- und Rentensituation der Frauen.

Ob das Anliegen einer Bundesratsentschuldigung mehrheitsfähig ist, ist fragwürdig. Denn bei den Bürgerlichen stösst es kaum auf Sympathie. Susanne Vincenz-Stauffacher zum Beispiel, Nationalrätin und Präsidentin der FDP-Frauen, ist klar dagegen. Zwar sei die Schweizer Verspätung «unsäglich», aber der Bundesrat könne nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden.

Auch würde diese Entschuldigung frühere Entschuldigungen für schlimmere Vergehen relativieren. Vincenz-Stauffacher meint die Entschuldigungen des Bundesrats gegenüber Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und gegenüber den Jenischen.

«Grosse Debatte» gewünscht

Kritisch ist auch Brigitte Studer. Die Historikerin erforscht die Geschichte des Frauenstimmrechts seit Jahrzehnten. Wie Vincenz-Stauffacher befürchtet Studer eine Verharmlosung: Für die Berner Professorin ist das Unrecht der späten Einführung des Frauenstimmrechts nicht vergleichbar mit dem J-Stempel, für den sich der Bundesrat entschuldigt hatte.

Zudem befürchtet Studer, dass das Thema nach einer bundesrätlichen Mea-culpa-Aktion zu den Akten gelegt werden würde. «Die Schweiz könnte wieder zu den Alltagsgeschäften übergehen.» Studer wünscht sich stattdessen eine «grosse Debatte» in National- und Ständerat.

Für Studer geht es über die politische Teilhabe der Frauen hinaus um die grundsätzliche Frage, wie «eine moderne inklusive Schweizer Demokratie» auszusehen habe.

Salome Müller
und Linus Schöpfer